



Interviews

Wie umgehen mit der AfD nach dem "Sündenfall" von Thüringen?

Stefan Heinlein im Interview mit Paula Piechotta, Sprecherin der Landesgruppe Ost der Grünen-Bundestagsfraktion

"Informationen am Morgen", 18.9.2023, 6:50 Uhr

Stefan Heinlein: Die Abstimmung in Erfurt, im Landtag von Thüringen, auch nach diesem sonnigen Spätsommerwochenende hat sich der Sturm der politischen Entrüstung in Bund und Ländern nicht gelegt. „Sündenfall“, „Tabubruch“, „Brandmauer zerbröselte“, so weiter die Vorwürfe der Ampel-Parteien. Doch die Union wehrt sich und weist die Kritik standhaft zurück. Zufriedenheit auf breiter Front ganz offensichtlich nur bei der AfD. In aktuellen Umfragen ist sie mittlerweile mit über 20 Prozent deutlich zweitstärkste Kraft auf Bundesebene. In vier ostdeutschen Bundesländern liegt sie mit über 30 Prozent einsam an der Spitze.

Vor den drei Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im kommenden Jahr eine gewaltige Herausforderung für die politische Konkurrenz und darüber kann ich jetzt reden mit der Sprecherin der Landesgruppe Ost der Grünen-Bundestagsfraktion, Paula Piechotta. Guten Morgen!

Paula Piechotta: Guten Morgen, Herr Heinlein.

Heinlein: Sie sind geboren in Gera in Thüringen. Dort liegt die AfD aktuell bei 32 Prozent. Warum ist die AfD im Osten so stark?

Piechotta: Eine befreundete Journalistin hat mir vor zwei Tagen gesagt, sie kann es langsam nicht mehr erklären, wie oft sie das noch sagen und erklären muss. Wir haben die letzten Jahre sehr, sehr viel darüber gesprochen: Das niedrigere Vertrauen in Institutionen, auch die schlechten Erfahrungen in den 90er-Jahren, die größere Anfälligkeit bei manchen, weil wir eine weniger gefestigte Demokratie haben und eine kürzere Demokratieggeschichte, eine weniger gefestigte Überzeugung bezüglich der Demokratie.

Aber auch in diesen Tagen ist es weiter wichtig zu betonen, das ist kein reines ostdeutsches Problem. Wenn wir uns anschauen, wie sich Friedrich Merz positioniert, wenn wir an-

schauen, was mit Aiwanger in Bayern passiert, dann sehen wir, das ist kein rein ostdeutsches Problem. Aber Thüringen ist auf jeden Fall so was wie ein Reallabor, wo wir jedes Mal wieder neu lernen, wie es nicht laufen sollte.

Heinlein: Jeder dritte Wähler, auch wenn es kein ostdeutsches Problem ist, aber es ist ja schon auffällig, dass die AfD im Osten über 30 Prozent liegt, jeder dritte Wähler macht sein Kreuz bei der AfD. Wer sind nach Ihrem Eindruck diese Menschen, die ihre Interessen ganz offensichtlich von einer erwiesenen rechtsextremen Partei vertreten sehen?

Piechotta: Es ist ja immer die grundlegende Frage, ob sie wirklich ihre Interessen da vertreten sehen. Wir wissen, dass insgesamt und gerade auch in ganz Europa, wenn die Krisen zunehmen, wenn Politik komplexer wird, wenn es auch schlechter erklärbar wird, weil die Welt komplizierter ist, dann steigt die Zustimmung zu autoritären Positionen und damit auch zu rechtsextremen Parteien. Das sehen wir in ganz Europa. Die Frage ist aber, ob wir es als Deutschland schaffen mit unserer besonderen Geschichte, dass wir uns diesem Phänomen entgegenstellen können, und ich glaube, gerade hier haben die demokratischen Parteien und gerade auch die Konservativen die ganz wichtige Aufgabe, dass man die Lehren des 20. Jahrhunderts nicht vergisst.

Wenn wir jetzt mal nach Thüringen schauen, was da letzte Woche passiert ist: Jetzt kann in Thüringen diese gesichert rechtsextreme Partei durchs Land ziehen und auch noch sagen, wir haben positive Gestaltungsmacht, ihr könnt uns wählen und es passiert auch was. Das war bislang nicht so. Und sie haben gleichzeitig einen Keil getrieben zwischen die Demokraten im Thüringer Landtag und sie haben auch noch wieder einen neuen Keil in die Bundes-CDU getrieben, die sich jetzt gerade streitet, was die richtige Position ist und wo ein Daniel Günther gegen einen Friedrich Merz steht. Das sind viel zu viele Erfolge für die AfD und da muss sich auch die Union fragen, ob es sich dafür gelohnt hat.

Heinlein: Sie zeigen weiter mit dem Finger vor allem auf die politische Konkurrenz, auf die Christdemokraten. Aber, Frau Piechotta, zeigt der Vorgang in Thüringen nicht auch das Versagen aller demokratischen Parteien, auch Ihrer Partei der Grünen, gemeinsam der AfD entschlossen entgegenzutreten, einen Kompromiss zu suchen beim Thema Haushalt wie jetzt in Thüringen?

Piechotta: Das ist ein ganz berechtigter Punkt und auch das wurde die letzten Tage sehr intensiv diskutiert. Es ist auf jeden Fall auch ein Problem, dass unter anderem die Grünen nach der letzten Landtagswahl zu wenig Zustimmung hatten, als dass man wieder eine stabile demokratische Koalition mit eigener Mehrheit bilden kann. Das ist Teil des Problems.

Und natürlich ist es auch ein Problem: Eigentlich waren sich alle Akteure in Thüringen bewusst, dass das ein Zustand ist mit dieser Minderheitsregierung, den man mit so einer starken AfD nicht lange stabil durchhalten kann, dass das ein einziger Eiertanz wird. Deswegen gab es auch eigentlich die Vereinbarung für >Neuwahlen.

Dass das gescheitert ist und dass man jetzt schon so viele Jahre mit diesem Eiertanz in Thüringen im Parlament Politik machen muss und das auch die Akteure müde macht, das ist klar und sollte uns, glaube ich, allen zeigen, wie wichtig es ist, dass wir auch nach den nächsten drei Landtagswahlen in Ostdeutschland wieder stabile Mehrheitskoalitionen mit demokratischen Parteien und eigener Mehrheit brauchen. Aber ja, natürlich fragt man sich – das können Ihnen aber nur die Akteure in Thüringen beantworten, die da selber verhandelt haben -, warum man bei dieser Frage zwischen Linkspartei, SPD, Grünen und CDU es nicht geschafft hat, zu einer gemeinsamen Einigung zu kommen. Das wäre wichtig gewesen. Der Martin Debes als Journalist aus Thüringen ist ja immer sehr gut informiert und der sagt, Mario Voigt als CDU-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag hat das Risiko sehr bewusst in Kauf genommen. Aber auch jetzt muss man vielleicht mit drei Tagen Abstand noch mal fragen: War es das wert.

Heinlein: Jetzt habe ich aber aus Ihren Worten nicht gehört, dass Sie sagen, auch wir Grüne, auch die Linkspartei, auch die Regierung in Thüringen hat Fehler gemacht, indem sie nicht mit der Union direkt das Gespräch gesucht hat. Der Eindruck bleibt: Wenn die Ampel-Parteien, wenn die Linkspartei sich mit der CDU streitet, dann freut sich am Ende die AfD.

Piechotta: Es gab ja diese Gespräche. Es stimmt nicht, dass es keine Gespräche gab. Das Ganze wurde wirklich monatelang auch diskutiert, weil allen klar war, dass da einerseits die Position der Union ist und dass man andererseits auch wieder einen gemeinsamen Haushalt durchs Parlament wird bringen müssen. Es gab diese Gespräche. Sie haben nur zu keiner Einigung geführt. Aber Bodo Ramelow, der, glaube ich, einer der wenigen Menschen ist, die in diesem Bundesland überhaupt als Ministerpräsident so eine schwierige Konstellation führen können, hat sich auch persönlich hier die ganze Zeit dafür eingesetzt. Auch jetzt sagen die Vertreter von Linkspartei und Grünen und SPD, dass man natürlich weiter mit der CDU reden muss und dass das Vertrauen auch zur CDU nicht komplett zerstört ist, und das ist auch ganz wichtig, weil das, was eines der großen Ziele der AfD ist, einen Keil zwischen die Demokraten zu treiben, damit sie sich nicht unterhaken gegen Rechtsextreme. Deswegen ist es in Thüringen, im Thüringer Landtag jetzt so besonders wichtig, dass da wieder Vertrauen entsteht, und da gehören natürlich beide Seiten dazu.

Heinlein: Sie haben den demokratischen Konsens, demokratische Stabilität nach den Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern im kommenden Jahr angesprochen. Aber das könnte ja sehr, sehr schwierig werden. Wie gesagt, die AfD ist stärkste Partei, in Sachsen

bei 35 Prozent. Wird es einen Schulterschluss aller demokratischen Parteien von ganz links bis hin zur CDU geben, um eine Regierungsbeteiligung der AfD zu verhindern in den drei ostdeutschen Bundesländern?

Piechotta: Wir sehen ja, dass zum Beispiel der sächsische Ministerpräsident, mit dem ich viele Unterschiede in der politischen Meinung habe, sich an der Stelle in der letzten Woche ganz klar positioniert hat und da aus meiner Sicht auch ein Stück weiter ist als vielleicht Friedrich Merz, der gesagt hat, eine Zusammenarbeit mit einer antidemokratischen Partei wird es nicht geben und in der Demokratie müssen alle demokratischen Parteien miteinander koalitionsfähig bleiben, auch wenn man selber an vielen Stellen auf keinen Fall die gemeinsamen politischen Meinungen teilt. Thüringen hat diesen Sonderfall, der ja auch schon viel diskutiert wurde, dass wir dort eine sehr starke Linkspartei haben, und deswegen anders als in Brandenburg und in Sachsen dort die starke Linkspartei dazu führt, dass die CDU mit ihrem Unvereinbarkeitsbeschluss zur Linkspartei da eine ganz, ganz große Hürde zu einer breiten demokratischen Koalition aufbaut. Die Frage, wie man damit im nächsten Jahr umgeht, aber vor allem erst mal die Frage, wie man gute Wahlkämpfe macht und wie man auch von Bundesebene unterstützt, dass die Wahlergebnisse anders aussehen als die aktuellen Umfrageergebnisse, die übrigens ein Jahr vor der Wahl auch vor 2019 ganz anders aussahen, das wird die ganz wichtige Aufgabe sein fürs nächste Jahr.

Heinlein: Wie sehen Sie das denn in Ihrer recht winzigen Landesgruppe Ost der Grünen-Bundestagsfraktion? Sollten jetzt Ihre Kolleginnen und Kollegen in Thüringen auf Mario Voigt, den CDU-Vorsitzenden zugehen, ihm die Hand reichen und sagen, wir machen gemeinsame Sache mit Blick auf die Wahlkämpfe, um diesen, von Ihnen gerade genannten breiten demokratischen Konsens, diese breite demokratische Koalition hinzubekommen?

Piechotta: Ich glaube, das muss ich nicht denen sagen. Das wäre auch vermessen. Aber die haben sich ja selber schon geäußert, insbesondere auch Madeleine Henfling, aber zum Beispiel auch Kollege Dittes von der Linkspartei in Thüringen, die gesagt haben, natürlich reden wir jetzt weiter mit der CDU, weil das auch einfach notwendig ist, damit in Thüringen ein Haushalt beschlossen wird und dieses Bundesland im nächsten Jahr funktionieren kann. Das ist ganz klar, dass das passieren muss. Es geht nicht darum, gemeinsame Sache zu machen, weil das hat, glaube ich, ein bisschen ein Geschmäcke, diese Formulierung. Es geht um den Minimalkonsens, dass die Demokratie in Deutschland und auch in Thüringen geschützt werden muss vor rechtsextremistischen Kräften und auch vor anderen extremistischen Kräften. Da kann ich nur Daniel Günther zitieren: „Mit Extremisten bildet man keine gemeinsamen Mehrheiten.“

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.